

## Freiheit sichern - kein Fußbreit dem Faschismus!

Wo man im Jahr 2018 auch hinschaut, fast überall im politischen Betrieb wird der Rechtsruck deutlich, den selbiger in den letzten Jahren hinter sich hat. Bei der Bundestagswahl 2017 zog mit der AfD eine rechtsextreme Partei in den Bundestag ein. Insbesondere Geflüchtete und als nicht-deutsch gelesene Personen, aber auch politisch andersdenkende Menschen sind zuletzt einer immer größer werdenden Bedrohung durch rechte Übergriffe ausgesetzt. Dazu kommen massive verbale Einschüchterungen und Hetze, insbesondere online in den sozialen Netzwerken.

### Den Rassismus der „Mitte“ enttarnen!

Gefährlich machen den Rechtsruck jedoch nicht nur die Aktivitäten alter und neuer Nazis, sondern auch das Agieren der sogenannten politischen und gesellschaftlichen „Mitte“. Führende Politiker\*innen von CDU und besonders der CSU machen mit rassistischen und rechtspopulistischen Parolen Wahlkampf und selbst einige wenige Politiker\*innen der SPD, Linken und Grünen Stimmung gegen Geflüchtete. Alle Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre wurden sowohl im Bundestag als auch in der Bevölkerung von Mehrheiten getragen, deren Gesinnung von einer klassisch „rechtsextremen“ weit entfernt ist.

Ähnliches gilt für den in der Bundesrepublik immer noch grassierenden Alltagsrassismus. Derart in der Gesellschaft fest verankerte Formen des Rassismus werden oft nicht als solche erkannt und sind gerade deswegen ein großes Problem. Hierzu zählen unter anderem diffamierende Begriffe für Menschen afrikanischer Herkunft, Sinti oder Roma. Sprache bestimmt das Denken. Schlimmer noch: Kritik an rassistischen Aussagen, Handlungen und Gesetzen wird relativiert und diskreditiert. Wir werden den Rassismus der „Mitte“ enttarnen und wenden uns klar gegen jede rassistische Hetze, beispielsweise die der CSU.

### Schluss mit dem Extremismus-Quatsch!

Ein weiteres Instrument zur Verschleierung und Negierung menschenverachtender Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft ist die sogenannte Extremismustheorie. Dabei werden radikal Rechte und radikal Linke pauschal gleichgesetzt, es werden ihnen die gleichen „verfassungsfeindlichen“ Einstellungen zugesprochen und die „Mitte“ ebenso pauschal von menschenfeindlicher Gesinnung freigesprochen. Völlig undifferenziert werden die unterschiedlichsten politischen Einstellungen, die

scheinbar von denen der Mehrheitsgesellschaft abweichen, unter dem Extremismusbegriff zusammengefasst.

Sogenannte radikale Rechte und radikale Linke unterscheiden sich jedoch im Kern ihrer Ideologie grundsätzlich: Rechts steht eine Theorie der Ungleichheit, Links ist eine Theorie der Gleichheit konstituierendes Merkmal. In der Wissenschaft ist die Extremismustheorie deswegen sehr umstritten und wird von vielen Wissenschaftler\*innen als falsch abgelehnt. Auch für die GRÜNE JUGEND Bayern verbietet sich jede Gleichsetzung von links und rechts und eine Absolution der „Mitte“. Menschenfeindliche Einstellungen müssen unabhängig davon, wer sie äußert, benannt und bekämpft werden. Und Menschen, die sich Nazis in den Weg stellen, verdienen Anerkennung und keine Gleichsetzung mit ihren Gegner\*innen!

### Verfassungsschutz abschaffen!

Auf der Extremismustheorie basiert auch die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz in Bayern. In seinen Lageberichten werden Aktivitäten von radikalen Linken und radikalen Rechten nebeneinander aufgereiht. Wie inkonsequent der Verfassungsschutz bei der Anwendung seiner eigenen Theorie ist, zeigt sich in der Beobachtung von Teilen der Linkspartei und der Nicht-Beobachtung der AfD. Generell erscheint gerade in Bayern der Verfassungsschutz als Mittel der CSU, insbesondere zur Diskreditierung linker Einstellungen und Strukturen. Darüber hinaus war der Verfassungsschutz tief in den NSU-Skandal verstrickt und fördert nicht selten die neonazistische Szene durch die Gehälter von V-Personen.

Der Verfassungsschutz ist als Behörde gescheitert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die sofortige Abschaltung aller V-Personen und anschließend sobald wie möglich die Abwicklung und Abschaffung des Verfassungsschutzes. Stattdessen muss eine Institution aufgebaut werden, die ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt, eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und Konzepte für den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und Ideologien vorlegt. Darüber hinaus wollen wir die parlamentarische Kontrolle des noch bestehenden Verfassungsschutzes und der zu schaffenden Institution stärken und fordern hierzu ein parlamentarisches Kontrollgremium.

### Ob NPD oder „III. Weg“ - den NS-Wiedergänger\*innen den Kampf ansagen!

Neben der NPD haben sich mit dem „III. Weg“, der Nachfolgepartei des verbotenen „Freien Netz Süd“ und der Partei „DIE RECHTE“ zuletzt zwei weitere Organisationen gebildet, die den

Nationalsozialismus offen verherrlichen, klassischen Antisemitismus und Revisionismus verbreiten und oft auch Gewalt gegen politische Gegner\*innen und Geflüchtete ausüben. Obwohl die klassisch-neonazistische Szene in letzter Zeit etwas aus dem Blickfeld vieler geraten ist, darf sie doch auf keinen Fall unterschätzt werden. Sie stellt nach wie vor eine große Gefahr für alle Personengruppen dar, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.

Deswegen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern insbesondere eine staatliche Parteienfinanzierung solcher NS-verherrlichender Parteien strikt ab. Dazu kommen - gerade in Bayern - die oft durch den „Ill. Weg“ organisierten „Streifengänge“ neonazistischer „Bürgerwehren“. Auch die „Soldiers of Odin“ stellen eine weitere Gruppe dar, die versuchen, auf der Straße durch Präsenz Menschen einzuschüchtern und rassistisch motivierte Straftaten zu begehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher ein sofortiges Verbot dieser Gruppierungen und stellt sich klar gegen national-rassistisch motivierte Straftaten.

#### Die "Neue Rechte" - brauner Wein in blauen Schläuchen

Neben der klassisch-neonazistischen ist in den letzten Jahren eine neue, sehr heterogene rechtsextreme Bewegung entstanden, die sogenannte „Neue Rechte“. Hierzu sind insbesondere die „Identitäre Bewegung“ und die Initiative „1 % für unser Land“ zu zählen, aber auch Einzelpersonen wie Götz Kubitschek und große Teile der AfD. Die Akteur\*innen der „Neuen Rechten“ setzen auf reichweitenstarke Aktionen und werden dabei immer wieder gewalttätig. Viele vertreten einen völkischen Nationalismus, der oft an ähnliche Konzepte des NS erinnert. Dieser wird hinter einer vermeintlichen „deutschen Identität“ versteckt, welche durch ansprechende Aufbereitung in sozialen Netzwerken besonders junge Menschen ansprechen soll. So versucht insbesondere die „Identitäre Bewegung“ Rassismuskwürfe zu umgehen und ist deswegen hochgefährlich. Mit der AfD besitzt die „Neue Rechte“ nun auch einen parlamentarischen Arm, der diesen Raum für seine menschenverachtende Agitation nutzt.

#### Rechte Hetze raus aus den Medien und den sozialen Netzwerken

Doch nicht nur offline, auch im Netz zieht menschenverachtendes Gedankengut weite Kreise. Rechte Blogs, Facebookseiten und Instagram-Accounts haben häufig eine sehr große Reichweite und nutzen sie, um dieses insbesondere unter jungen Menschen zu verbreiten. Auch sind für den Laien derartige Seiten häufig nicht eindeutig nach rechts zu verorten. Erst bei genauerem Hinsehen wird klar, welches eigentliche Gedankengut hinter den vielfach geteilten Posts steht. Rechte

Gruppen nutzen ihre Social-Media-Netzwerke auch zu gezielten Shitstorms und versuchen im Extremfall, unliebsame Personen durch Morddrohungen mundtot zu machen. Oftmals werden solche Delikte von der Polizei aus Unwissenheit oder Unwillen nicht verfolgt.

Das Internet darf jedoch kein rechtsfreier Raum sein, in dem Rechte unwidersprochen und ungestraft Menschen beleidigen und gegen Minderheiten hetzen können - vielmehr müssen volksverhetzende Inhalte klar benannt und verfolgt werden! Opfer von rechts motiviertem Cyber-Stalking und -Mobbing müssen ernst genommen werden und Hilfe erhalten. Zudem muss dieses Verhalten verfolgt und bestraft werden, das Internet darf kein Platz für menschenverachtende Hetze und Ideologien sein!

Darüber hinaus propagieren Verlage wie zum Beispiel „Antaios“ oder „Manuscriptum“, die Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ oder auch das „Compact“-Magazin die Inhalte der „Neuen Rechten“ in den von ihnen verlegten Medien und versuchen so, diese gesellschaftsfähig zu machen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen insbesondere die Veranstalter\*innen von Buchmessen auf, solchen rechtsextremen Verlagen keine Bühne zu bieten!

### Antifaschistische Zivilgesellschaft stärken!

Für uns ist klar: diesem Treiben darf nicht länger tatenlos zugesehen werden! Egal ob alte oder neue Nazis - wir stellen uns als antifaschistischer Jugendverband klar und deutlich gegen jede Art von Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Unser Ziel ist es, AfD, NPD, Identitäre und Co. aus der Gesellschaft zurückzudrängen. Es gilt, in der öffentlichen Debatte die Deutungshoheit zurückzugewinnen. Unsere Mittel dafür sind vielfältig. Wir wollen diesen Feind\*innen der Menschlichkeit keinen Raum auf der Straße geben und werden uns als GRÜNE JUGEND Bayern wo immer möglich an antifaschistischen Protesten gegen Naziaufmärsche beteiligen. Wir werden versuchen, mit Bildungsangeboten junge Menschen für menschenverachtende Einstellungen zu sensibilisieren.

Darüber hinaus sind auch gesamtgesellschaftliche Bildungsmaßnahmen notwendig. In der Schule muss ein deutlich größeres Augenmerk auf die Erkennung und Bekämpfung menschenverachtender Ideologien gelegt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus sollten vom Staat unterstützt und nicht aufgrund vom vermeintlichem „Linksextremismus“ kriminalisiert werden. Ziviler Ungehorsam muss dringend entkriminalisiert werden. Auch Blockaden von Naziaufmärschen sind Meinungsäußerungen. Eine kurzfristige und unkomplizierte Anmeldung von Gegendemonstrationen muss möglich sein. Außerdem darf der Staat durch unverhältnismäßige Auflagen eine Demonstration weder einschränken noch



unterbinden. Offensichtlich neonazistische Demonstrationen dürfen keinen Zugang zu Straßen und Plätzen erhalten, die im Zusammenhang mit dem Gedenken an den NS stehen.

Außerdem müssen die Opfer rechter Gewalt als solche anerkannt, ernst genommen und angemessen entschädigt werden. Es kann nicht sein, dass rassistische Gewalttaten wie das Attentat am Münchner Olympiaeinkaufszentrum nicht als solche benannt und rechte Hintergründe weiterhin in vielen Fällen ignoriert werden.

Neben der Zivilgesellschaft muss auch der Staat stärker gegen rechtsextreme Organisationen vorgehen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, der NPD die staatliche Parteienfinanzierung zu streichen, wie es das Bundesverfassungsgericht 2017 angeregt hat. Darüber hinaus muss der Parteienstatus des „Ill. Weg“ geprüft werden und bei einer Aberkennung ein Verbot erfolgen. Weiterhin fordert die GRÜNE JUGEND Bayern das Verbot der „Identitären Bewegung“ und der „Initiative 1 % für unser Land“.

Auch das Handeln und die Verbindungen der AfD zur gewaltbereiten rechten Szene müssen in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Polizei muss für die Erkennung und Bekämpfung von Straftaten mit rechter Motivation besser geschult werden. Insbesondere bei rechten Demonstrationen muss das Zeigen verbotener Symbole konsequent unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden. Ebenso muss klar und deutlich gegen die Streifgänge rechter „Bürgerwehren“ vorgegangen und diese konsequent unterbunden werden. Auch hier muss bei festen Gruppierungen wie den „Soldiers of Odin“ ein Verbot geprüft werden.

### „Reichsbürger\*innen“

Bayern ist zudem das Bundesland mit den meisten sogenannten „Reichsbürger\*innen“. Derzeit zählt diese Szene 3.500 Menschen und hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. „Reichsbürger\*innen“ erkennen die Bundesrepublik nicht als Staat an und verbreiten oftmals rechtsextreme und revisionistische Ansichten und wollen das „Deutsche Reich“ von 1937 oder 1918 zurück.

Viele der „Reichsbürger\*innen“ besitzen Waffen, sind gewaltbereit und planen einen gewaltsamen Umsturz. Manche von ihnen arbeiten auch im öffentlichen Dienst, zum Beispiel der Polizei. Die CSU-Staatsregierung hat diese rechtsextreme Strömung viel zu lange gewähren lassen! Beschäftigte im öffentlichen Dienst, denen zweifelsfrei eine Zugehörigkeit zur „Reichsbürger\*innen“-Bewegung nachgewiesen werden kann, müssen sofort aus ihren Positionen entfernt werden. Zudem muss ein sofortiges Waffenverbot für alle „Reichsbürger\*innen“ erlassen werden.

„Nie wieder“ oder „immer noch“?

Es wird bald keine Zeitzeug\*innen von Shoa und NS mehr geben. Umso erschreckender ist es, dass man zurzeit kein großartiges Problem bekommt, wenn man sich positiv auf den NS bezieht, Rassismus oder Antisemitismus verbreitet oder sich das sogenannte „Deutsche Reich“ zurückwünscht. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und auch die der GRÜNEN JUGEND Bayern, sich solchen Tendenzen entschlossen in den Weg zu stellen. Wir werden alles dafür tun, damit "Nie wieder" faschistische Ideologien in Deutschland Fuß fassen können!

Beschlossen auf dem 42. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 12. Mai 2018 in Würzburg.